

Wie werden wir klimaneutral?

Bundestags-Direktkandidaten der im Stadtrat vertretenen Parteien antworten



Anreize statt Verbote

Alois Rainer (CSU), 56, Bundestagsabgeordneter: „Beim Klimaschutz setze ich auf entlasten statt belasten – besonders beim Wohnen und der Mobilität. Durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse der KfW unterstützt der Bund energieeffizientes Bauen und Sanieren. Weiter profitierten Unternehmen durch die Klimaschutzoffensive für den Mittelstand finanziell vom Bund. Insgesamt wurden 145,5 Millionen Euro in energieeffizientes Bauen und Wohnen in die Stadt Straubing in der 19. Legislatur investiert. Ebenfalls fördert der Bund private Ladestationen, um die Elektromobilität voranzubringen. Das wurde von den Straubingern sehr gut angenommen. Mit einer guten Anreizpolitik möchte ich unsere Bürger auch in den nächsten Jahren zum klimabewussteren Weg ohne Verbote animieren. Weiterhin freue ich mich, dass ich mehrere Klima-

schutzprojekte mit Sonderfördermitteln des Bundes in Straubing unterstützen konnte: zum Beispiel das Radwegprojekt „Auf Straubings Grünen Wegen“ mit 2,5 Millionen Euro, den Radweg von Kagers zum Flugplatz mit 1,2 Millionen Euro. Wichtig ist auch, mehr Güter auf Schienen- und Wasserwege zu verlagern. Damit dies gelingt, wird die Donau nachhaltig ausgebaut. Ich informiere über neue Förderprogramme und biete meine Unterstützung im Förderprozess an. Kommende Projekte werden etwa das Förderprogramm für regionale Wasserkreisläufe, Aufklärungskampagnen und modernes Wassermanagement sowie ein nationales Klimaanpassungsgesetz sein.



Foto: Inga Haar

Forschung unterstützen

Helmut Muhr (Freie Wähler), 34, Lieferantenmanager: Gäuboden und Vorwald bieten hervorragende Voraussetzungen, hier aktive Umsetzungsmöglichkeiten zu schaffen. Stadt und Landkreis müssen im Schulterschluss arbeiten, der Schwerpunkt sollte die Erzeugung von Strom sein. Die Region der nachwachsenden Rohstoffe bietet ein breites Betätigungsfeld, welches von der betrieblichen Landwirtschaft (Biogas) über Photovoltaikanlagen bis hin zur Windenergie geht. Stadt und Landkreis müssen hier nicht nur planerische Begleitung anbieten, sondern sind auch aufgerufen, durch genossenschaftliche Bürgerbeteiligungen die Akzeptanz zu erhöhen. Des Weiteren müssen Stadt und Region weiter den Bereich Forschung und Entwicklung mit den schulischen Möglichkeiten tatkräftig unterstützen. Unsere Region hat mit dem Biocampus,



Foto: Waltraud Ebenbeck-Bosl

der Mehrzweckdemonstrationsanlage sowie dem Gründerzentrum eine hervorragende Basis für die praktische Umsetzung. Die verkehrstechnische Erschließung in Bezug auf den ÖPNV bedarf umgehend der Aufwertung. Andere Versorgungstakte, aber auch der Einsatz von Fahrzeugen mit zeitgemäßen Antrieben sowie eine bessere Verbundqualität für Straße und Schiene sind dringend erforderlich. Wirtschaft und Privatpersonen müssen bei der sinnvollen Erzeugung von Energie für den Eigenverbrauch zentral unterstützt werden. Hier stehen ausreichend Bundes- und Landesmittel bereit.

Mitmachprojekt für alle

Dennis Schötz (SPD), 28, Jurist: Die Klimawende muss für alle gut funktionieren und die Politik ist in der Pflicht, einen verlässlichen Weg aufzuzeigen, denn wir haben wenig Zeit zum Umsteuern. Wir müssen schneller planen und bauen. Bürokratie darf nicht zur Klimabremse werden. Erneuerbare Energie muss bezahlbar sein und zu einem Mitmachprojekt für alle werden. Allein mit staatlichen Regelungen wird dies aber nicht funktionieren, der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Um die Beteiligung der Bürger zu erhöhen, stellen beispielsweise Energiegemeinschaften eine Lösung dar, in der sich Bewohner eines Ortes zusammenschließen können, um sich eine Photovoltaikanlage zu teilen. Vor Ort müssen

wir den öffentlichen Nahverkehr stärken. Nirgends fahren weniger Busse und Bahnen als in Ostbayern: Im Ranking bildet der Landkreis Straubing-Bogen mit Dingolfing-Landau das Schlusslicht. Verbesserung gibt es nur, indem wir den ÖPNV massiv ausbauen, von Car-Sharing-Konzepten und Radwegen über kostenlose bayernweite Sozialtickets bis hin zur E-Ladeinfrastruktur. Das schaffen wir allerdings nur, wenn die Förderungen für die Kommunen vervielfacht werden. Die Energiewende wird ohne neue, mutige Ansätze nicht funktionieren.



Foto: Kuchler

Innovationen erleichtern

Klaus Herpel (FDP), 58, Geschäftsführer in der Lebensmittelindustrie: Der Schutz des Klimas ist die große Herausforderung unserer Zeit. Hier nutzt es nichts, wenn wir nur in kleinteiligen Verboten denken, die uns im internationalen Wettbewerb um die besten Plätze in eine Abseitsposition bringen. Verbote sind auch nicht dienlich, Investitionen und Erfindungen zu fördern. Wir wollen Innovationen für mehr Klimaneutralität erleichtern. Durch weniger zeitintensive Genehmigungsverfahren und durch Entlastungen für Neugründungen und bestehende Unternehmen, die sich mit diesen Themen beschäftigen. Gerade in Straubing haben wir beste Voraussetzungen, um aktiv in Sachen Klimaschutz tätig zu sein. Hier muss die Regierung aktiver werden,



Foto: Foto Gahr

um Forschung, Entwicklung und die Ansiedlung von Unternehmen zu fördern. Wir müssen Technologie-weltmeister beim Klimaschutz werden. Konkret möchten wir mit folgenden Maßnahmen effektiven Klimaschutz vorantreiben: Innovationen voranbringen, etwa synthetische Kraftstoffe, um Fahrzeuge mit Verbrennermotoren oder Heizungen klimaneutral zu machen. CO2-Limit und Zertifikatehandel, intelligente Verkehrsleitsysteme und Autos, ÖPNV ausbauen und gerade im ländlichen Bereich neue Ideen für innovative Verkehrskonzepte zulassen.

Klimaabkommen kündigen

Corinna Miazza (AfD), 38, Bundestagsabgeordnete: Das Ziel der Bundesregierung, die CO2-Emissionen faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft und bedroht unsere Freiheit in einem immer beängstigeren Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau ab. Wichtig ist: Niemand streitet die jüngste globale Erwärmung ab! Ich bezweifle aber, dass diese nur negative Folgen hat. Statt also einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas zu führen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen, so wie es Pflanzen und Tiere auch tun. Denn es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist.



Foto: A. Miazza

Die ganze Welt ist gefordert

Michael Hirtreiter (ÖDP), 38, Fortstingenieur und Fachmann für erneuerbare Energien: Rein rechnerisch klimaneutral zu werden ist möglich, aber kann von einer Region alleine nicht geschafft werden. Wenn andere Parteien von Wasserstoff schwärmen und dass die Energiewende ganz einfach mit deutscher Ingenieurskunst umsetzbar ist, so ist das nicht die Wahrheit. Die ganze Welt muss zusammenhelfen, um eine CO2-neutrale Versorgung mit Strom, Heiz- und Treibstoffen sicherstellen zu können. Wir brauchen eine sichere Versorgung im Winter, wenn wenig Sonne scheint und viel Heizenergie gebraucht wird. Wir brauchen Windkraftanlagen oder PV-Anlagen mit hoher Auslastung, damit die Kosten zur Herstellung von Wasserstoff niedrig sind. Mit Freiflächenphotovoltaikanlagen bei uns werden wir nicht konkurrenzfähig Wasserstoff

erzeugen können. Der Energieverlust bei der Umwandlung von Strom zu Wasserstoff und wieder zu Strom ist etwa bei 60 Prozent. Damit sind wir abhängig von wind- und sonnenreicheren Regionen der Welt. Biogasanlagen, die gerne gepriesen werden, sind sehr ineffiziente Energieerzeugungsanlagen. Es gibt aus meiner Sicht zwei Wege: Entweder die Preise für fossile Energieträger steigen global stark an und erneuerbare Energieträger werden deswegen jederzeit konkurrenzfähig zur Verfügung stehen. Oder man versucht Erneuerbare Energieträger so günstig wie möglich zu erzeugen und diese kommen somit zu einem gewissen Anteil aus dem Ausland.



Foto: Foto Stern

Jetzt braucht es mutige Politik

Erhard Grundl (Grüne), 58, Bundestagsabgeordneter: Die Dramatik der Klimakatastrophe ist bei weitem noch nicht bei allen politisch Verantwortlichen angekommen. Es fehlt eine mutige Politik, die den Streit nicht scheut und das angeht, was notwendig ist. Das Bundesverfassungsgericht hat der bisherigen Klimaschutzpolitik von CSU und SPD ein Untauglichkeits-Siegel verpasst. Da muss eine neue Bundesregierung deutlich mehr liefern. Im nächsten Deutschen Bundestag möchte ich dafür kämpfen, dass klimaschädlichen Subventionen abgebaut werden. Diese machen rund 15 Prozent des Bundeshaushalts aus und wären besser in Fördermaßnahmen investiert, die auch unserer Stadt zugute kommen. Vor allem im Verkehrsbereich und speziell auf dem Bausektor. Etwa durch wirkungsvolle Förderungen für Photo-



Foto: German Popp

voltaik auf allen Neubauten, durch praxisnahe Programme für Dachbegrünung oder durch gezielte Unterstützung für Hausbesitzer bei der klimafreundlichen Sanierung ihrer Gebäude. Gerade bei den Bestandsgebäuden liegen große Herausforderungen, aber auch große Chancen. Entscheidend wird aber auch sein, dass der nächste Bundestag alle Maßnahmen so ausgestaltet, dass sie sozial verträglich sind. Nur dann werden wir die Bevölkerung in Straubing und anderswo dafür gewinnen können. Und ja, es stimmt: Der Klimaschutz kostet Geld, aber viel viel teurer ist es, wenn wir nicht alles versuchen, die Klimakatastrophe aufzuhalten.

Es muss einen Strukturwandel geben

Maximilian Spielbauer (Die Linke), 25, Student der Volkswirtschaftslehre: Wir wollen, dass Deutschland bis spätestens 2035 keine Treibhausgase mehr produziert. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden. Bis 2035 wollen wir den Bedarf vollständig decken. Der Ausbau wirkt als Job-Motor. Niedrige Preise für den notwendigen Verbrauch sollen dafür sorgen, dass sich alle ihren Grundbedarf leisten können. Mehrbedarf wird teuer.



Foto: Fotostudio Stern

Es muss einen Strukturwandel geben. Wir wollen insgesamt 40 Milliarden Euro investieren, um die Einkommen aller zu sichern und notwendige Übergänge in klimaschonende Wirtschaftszweige fair zu gestalten. Ökologische und soziale Kriterien müssen zum Prinzip der öffentlichen Förderung werden. Im ÖPNV braucht es einen Nulltarif. In fünf Jahren wäre das in ganz Deutschland möglich. Besonders im ländlichen Raum muss das Angebot verbessert werden, damit auch dort alle Menschen mobil sind, die sich kein Auto leisten können oder wollen. Deutsche Bahn und Lufthansa möchte Die Linke zusammenlegen – mit Orientierung am Bedarf statt am Profit. Einen sanften Wandel von Kurzstreckenflügen zu Hochgeschwindigkeitszügen erreichen wir, indem wir beides gemeinsam organisieren statt in Konkurrenz zueinander. Güterverkehr muss auch unter 300 Kilometer Entfernung wieder auf die Schiene. Bürgerbeteiligung kann man durch mehr Demokratie stärken. Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen.